

Bundesanzeiger

Inhaltsübersicht

Amtlicher Teil

Bekanntmachungen

Bundesministerium für Gesundheit:

Bekanntmachung des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen – Weitere Beratungsthemen des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen zu Überprüfungen gemäß § 135 Abs. 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V). Vom 27. September 2001 21 361

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen:

Bekanntmachung über die Übertragung eines Versicherungsbestandes. Vom 19. Juli 2001 21 361

Bekanntmachung über die Vermögensübertragung von Versicherungsunternehmen. Vom 24. August 2001 21 361

Paul-Ehrlich-Institut

Bundesamt für Sera und Impfstoffe:

Bekanntmachung über die Einführung einer Spenden-Stammdokumentation für frischgefrorenes Humanplasma und zelluläre Human-Blutbestandteile. Vom 19. September 2001 21 361

Bekanntmachung über die Einführung einer Plasma-Stammdokumentation (Plasma-Master-File) bei Sera aus menschlichem Blut sowie bei Blutzubereitungen, ausgenommen frischgefrorenes Humanplasma und zelluläre Blutbestandteile. Vom 19. September 2001 21 362

Bundesamt für Strahlenschutz:

Bekanntmachung des Erörterungstermins zum Vorhaben der EnBW Kernkraftwerke AG zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen in Form von bestrahlten Brennelementen sowie sonstigen radioaktiven Stoffen aus den Kernkraftwerken KKP I und KKP II in hierfür geeigneten Behältern in einem Standort-Zwischenlager am Standort des Kernkraftwerkes Philippsburg auf dem Gebiet der Gemeinde Philippsburg (Landkreis Karlsruhe). Vom 2. Oktober 2001 21 362

Land Nordrhein-Westfalen:

Bekanntmachung des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie über die Festsetzung eines Termins zur Verhandlung über einen Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrags für das Friseurhandwerk. Vom 19. September 2001 21 362

Bekanntmachung des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie über die Festsetzung eines Termins zur Verhandlung über einen Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen für das Wach- und Sicherheitsgewerbe. Vom 19. September 2001 21 362

Ausschreibungen

(siehe auch Ausschreibungen im Teil Gerichtliche und sonstige Bekanntmachungen, Rubrik 12b, Seite 21 382)

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle:

Ausschreibungsanzeige im Rahmen der NATO-Infrastruktur (NATO Consultation, Command and Control Agency). Vom 2. Oktober 2001 21 363

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung:

Bekanntmachung Nr. 134/2001/41 – Ankauf – Intervention Rindfleisch – 276. Teilausschreibung. Vom 1. Oktober 2001 21 363

Bekanntmachung Nr. 135/2001/41 – Ankauf im Rahmen der besonderen Marktstützungsmaßnahmen im Rindfleischsektor (12. Teilausschreibung). Vom 1. Oktober 2001 21 364

Sonstiges

Auswärtiges Amt:

Generalkonsulat von Dänemark in Hamburg 21 364

Generalkonsulat von Griechenland in Düsseldorf 21 364

Generalkonsulat von Griechenland in Hannover 21 364

Generalkonsulat von Jugoslawien in Frankfurt a. M. 21 364

Ungültigkeitserklärung eines Ausweises 21 364

Hinweise

Wert eines Sonderziehungsrechts des Internationalen Währungsfonds in Euro 21 364

Scheckeinzugskurse der Deutschen Bundesbank 21 364

Referenzkurse der Europäischen Zentralbank 21 364

Nichtamtlicher Teil

Deutscher Bundestag:

Ergebnis der 190. Sitzung vom 27. September 2001 21 365

Fachliteratur 21 366

Gerichtliche und sonstige Bekanntmachungen 21 367

Beilagenhinweis

• Den Ausgaben G 1989 und G 1990 des Bundesanzeigers – beide Ausgaben enthalten den Teil Jahresabschlüsse und Hinterlegungsbekanntmachungen – wird für die Abonnenten die Beilage Nr. 187a:
Verzeichnis der Hinterlegungsbekanntmachungen August 2001
 – BAnz. Nr. 141 bis 163 – beigefügt.
 Diese Beilage wird nicht verfilmt.
 Die Bezieher der Mikrofiche-Ausgabe finden den Text der Beilage alphabetisch geordnet in dem Firmenregister, das Teil der Mikrofiche-Ausgabe ist.

Wichtiger Hinweis für unsere Leser

• Die **Jahresabschlüsse und Hinterlegungsbekanntmachungen** zur heutigen Ausgabe des Bundesanzeigers werden aus druck- und versandtechnischen Gründen gesondert zugestellt.

Amtlicher Teil

Bekanntmachungen

Bundesministerium für Gesundheit

Bekanntmachung [1600 A] weiterer Beratungsthemen des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen zu Überprüfungen gemäß § 135 Abs. 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) Vom 27. September 2001

Der Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen überprüft gemäß gesetzlichem Auftrag für die vertragsärztliche Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten ärztliche Methoden daraufhin, ob der Nutzen, die medizinische Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit nach gegenwärtigem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse als erfüllt angesehen werden können. Das Ergebnis der Überprüfung entscheidet darüber, ob eine Methode ambulant oder belegärztlich zu Lasten der GKV angewendet werden darf. Gemäß Nr. 5 der Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Bewertung ärztlicher Untersuchungs- und Behandlungsmethoden gemäß § 135 Abs. 1 SGB V (BUB-Richtlinien) veröffentlicht der vom Bundesausschuss beauftragte Arbeitsausschuss diejenigen neuen oder bereits erbrachten vertragsärztlichen Methoden, die aktuell zur Überprüfung gemäß § 135 Abs. 1 SGB V anstehen.

Entsprechend der Prioritätenfestsetzung des Ausschusses vom 27. September 2001 werden folgende Themen indikationsbezogen beraten (in alphabetischer Reihenfolge):

1. Apheresen
2. Atlaschirurgie nach Arlen
3. HIV-Resistenzbestimmung
4. Ganzkörper-Hyperthermie
Regionale Tiefenhyperthermie
Oberflächen-Hyperthermie
Hyperthermie in Kombination mit Radiatio und/oder Chemotherapie
Hyperthermie im Rahmen der Systemischen Krebs-Mehrschritt-Therapie nach von Ardenne
5. Nicht medikamentöse, lokale Behandlung der benignen Prostat-Hyperplasie (z. B. VLAP, ILC, LITT, Hyperthermie, NE-TUMT, HE-TUMT, TUNA, HIFU, TULIP)
6. Substitutionsgestützte Behandlung Opiatabhängiger

Mit dieser Veröffentlichung soll den maßgeblichen Dachverbänden der Ärzte-Gesellschaften der jeweiligen Therapierichtung, Sachverständigen der medizinischen Wissenschaft und Praxis Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Darüber hinaus sind auch Stellungnahmen von Spitzenverbänden der Selbsthilfe- und Patientenorganisationen sowie von Spitzenorganisationen der Hersteller entsprechender Medizinprodukte und -geräte willkommen.

Stellungnahmen sind anhand eines Fragenkataloges des Ausschusses innerhalb einer Frist von 6 Wochen nach dieser Veröffentlichung einzureichen. Den Fragenkatalog sowie weitere Erläuterungen erhalten Sie bei der

Geschäftsführung des Arbeitsausschusses „Ärztliche Behandlung“ des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen, Postfach 41 05 40, 50865 Köln, Tel.: 02 21/40 05-3 28.

Köln, den 27. September 2001

Bundesausschuss
der Ärzte und Krankenkassen
Der Vorsitzende
J u n g

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen

Bekanntmachung [1583 A] über die Übertragung eines Versicherungsbestandes Vom 19. Juli 2001

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen hat durch Verfügung vom 19. Juli 2001 den Vertrag vom 9. Juli 2001 genehmigt, durch den die Sicher Direct Versicherung Aktiengesellschaft Dreieich ihren gesamten Versicherungsbestand in der Rechtschutzversicherung (Teil A Nr. 17 der Anlage zum VAG) auf die Jurpartner Rechtschutz-Versicherung Aktiengesellschaft Köln übertragen hat.

Die Bestandsübertragung ist mit dem Zugang der Genehmigungsurkunde am 30. Juli 2001 wirksam geworden.

Bonn, den 19. Juli 2001
O 33 – 5812 – 7/01

Bundesaufsichtsamt
für das Versicherungswesen
Im Auftrag
Rekittke

★

Bekanntmachung [1584 A] über die Vermögensübertragung von Versicherungsunternehmen Vom 24. August 2001

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen hat durch Verfügung vom 24. August 2001 die Vermögensübertragung der Oberhessische Vieh-Versicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit Gießen als übertragendem Verein und der Gemeinnützige Haftpflicht-Versicherungsanstalt der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hessen Anstalt des öffentlichen Rechts Darmstadt als übernehmende Gesellschaft genehmigt.

Bonn, den 24. August 2001
O 35 – 5108 – 1/01

Bundesaufsichtsamt
für das Versicherungswesen
Im Auftrag
Rekittke

Paul-Ehrlich-Institut Bundesamt für Sera und Impfstoffe

Bekanntmachung über die Einführung einer Spenden-Stammdokumentation für frischgefrorenes Humanplasma und zelluläre Human-Blutbestandteile Vom 19. September 2001

Zur Erleichterung des Aufwandes für den pharmazeutischen Unternehmer und zur Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens bei Anträgen auf Zulassung und bei der Anzeige von Änderungen gemäß § 29 des Arzneimittelgesetzes (AMG) bietet das Paul-Ehrlich-Institut die Möglichkeit einer Spenden-Stammdokumentation

